

AKTUELLE SPARPAKETE IN EUROPA

Zu bereits beschlossenen/umgesetzten Sparpaketen kommen weitere hinzu, unter anderem:
(Quellen: EGB, Recherchen in APA)

GRIECHENLAND

bis Ende 2014 Entlastungen von 13,5 Milliarden Euro geplant
weitere 3,4 Milliarden Euro bis 2016

Pensionen

Alle Pensionen von 1000 Euro aufwärts werden um fünf bis 15 Prozent gekürzt.

Weihnachtsgeld für Pensionisten wird abgeschafft.

Gesamtverluste für PensionistInnen laut Gewerkschaften: im Schnitt 2000 Euro im Jahr.

Das Pensionsalter wird für alle von 65 Jahre auf 67 Jahre angehoben.

Staatsbedienstete

Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld gestrichen.

Viele Löhne und Gehälter werden um sechs bis 20 Prozent gekürzt.

2000 Staatsbedienstete werden bis Ende 2012 in die Frührentierung geschickt oder entlassen.

Bis Erreichen des Pensionsalters erhalten sie 60 Prozent ihres letzten Gehalts.

ArbeitnehmerInnen

Gehälter der Angestellten der öffentlich-rechtlichen Betriebe (z.B. E-Wirtschaft) sollen denen der Staatsbediensteten angeglichen werden, laut Gewerkschaften bis zu 30 Prozent weniger Geld.

Abfindungen für entlassene Arbeitnehmer werden drastisch gesenkt.

Arbeitgeber dürfen Verträge mit jedem einzelnen Arbeitnehmer schließen → Aushebelung der Tarifverträge!

Gesundheitswesen

1,5 Milliarden Euro sollen eingespart werden.

Versicherte müssen sich mit höheren Selbstbehalten am Kauf von Medikamenten beteiligen.

Zahlreiche Krankenhäuser werden schließen.

Familien

Familien, die mehr als 18.000 Euro im Jahr verdienen, haben keinen Anspruch auf Kindergeld mehr.

SPANIEN

2012: Einsparungen und Steuererhöhungen im Ausmaß von 27,3 Milliarden Euro

2013 soll das Budget um 40 Milliarden Euro entlastet werden.

In allen Resorts müssen durchschnittlich zwölf Prozent eingespart werden.

Öffentlicher Dienst

Gehälter werden das dritte Jahr in Folge eingefroren.

Kredithilfen für Banken

Kann Spanien nicht mehr selbst finanzieren, die EU hat Kredithilfen bis zu 100 Milliarden Euro zugesagt

ITALIEN

Schuldenbremse in der Verfassung verankert,
Sparpaket soll bis 2014 insgesamt rund 26 Mrd. Euro bringen

Neue Steuereinnahmen

Mehrwertsteuer wurde von 20 auf 21 Prozent angehoben, 2013 Erhöhung auf 23 Prozent.
Luxussteuer auf Yachten, Privatflugzeuge und Autos mit großem Hubraum.
Obergrenzen für Barzahlungen gegen Steuerhinterziehung.
3 Prozent Solidaritätsabgabe auf Einkommen über 300.000 Euro pro Jahr.
Wiedereinführung der Immobiliensteuer.

Privatisierungen

z.B. Flughäfen, Netzbetreiber, Infrastrukturgesellschaften, Staatsimmobilien, soll 15 Mrd. Euro bringen.

Öffentlicher Dienst

Weniger Urlaubstage und Urlaubsgeld, weniger Essensgutscheine: 7 Mrd. Einsparungen.
Abbau jeder fünften Leitungsstelle, jeder zehnten Stelle in unteren Gehaltsgruppen.

Gesundheitswesen

Einsparungen; ebenso bei Gerichten.

Arbeitsmarkt

Schlechterer Kündigungsschutz und befristete Arbeitsverträge sollen Konjunktur anheben.
Deckelung von Abfertigungen.

Pensionen

Antrittsalter 66 Jahre (für Frauen ab 2018).
Einschränkung von Frühpensionen.

PORTUGAL

2013 und 2014 zusätzliche Einsparungen über vier Milliarden Euro.

Steuern

2013 erneute Erhöhung der Mehrwertsteuer
Erhöhung von Tabak-, Immo-, Kfz- und Mineralölsteuer.
Allgemeiner Steuerzuschlag von 4 Prozent des Bruttoeinkommens.

Pensionen

Sollen um bis zu 10 Prozent gekürzt werden.

Arbeitsmarkt

Arbeitslosengeld soll um 6 Prozent gekürzt werden.

Gesundheit

Krankengelder sollen um 5 Prozent gekürzt werden.
Der Gesundheitssektor soll mit 17 Prozent weniger Geld auskommen.

SPARPAKETE in Europa

bereits ab 2010 beschlossene Sparpakete

Beispiele Griechenland:

- Die Gehälter im öffentlichen Dienst wurden um durchschnittlich 15 Prozent gekürzt, Weihnachtsgeld wurde teilweise gestrichen.
- Das Pensionsantrittsalter (derzeit Männer 65, Frauen 60) wird an die steigende Lebenserwartung gekoppelt.
- Die Budgets für Bildung, öffentliche Spitäler und Gemeinden wurden gekürzt.
- Die allgemeine Mehrwertsteuer wurde auf 23 Prozent erhöht.
- Der Prozentsatz an ArbeitnehmerInnen, die Firmen pro Monat maximal kündigen können, wurde von 2 auf 4 Prozent der Gesamtbelegschaft erhöht.
- Änderungen im Kollektivvertragsrecht: auf betrieblicher Ebene können niedrigere Standards als in den national bzw. branchenweit geltenden Bestimmungen vereinbart werden. Das hebt die Tarifautonomie aus und schwächt die Gewerkschaften.
- Dem Gang zum Arbeitsgericht im Fall eines sozialen Konflikts muss der Arbeitgeber zustimmen.

Beispiele Spanien:

- Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst um durchschnittlich 5 Prozent.
- 13.000 Jobs in der öffentlichen Verwaltung wurden eingespart.
- Das Infrastrukturbudget wurde um 30 Prozent gekürzt.
- Privatisierungen, u. a. der Flughäfen von Madrid und Barcelona.
- Die Höhe der Pensionen wurde 2011 eingefroren.
- Wohnbeihilfen wurden um 19,3 Prozent reduziert, Geburtenbeihilfe von 2500 € abgeschafft, Beihilfen für ältere, pflegebedürftige Menschen wurden um knapp 5 Prozent gekürzt.
- Die Mehrwertsteuer wurde von 16 auf 18 Prozent erhöht.
- Die Regierung hat Unternehmen mehr Möglichkeiten gegeben, in Branchen vereinbarte Löhne zu umgehen und den Beschäftigten weniger zu bezahlen.

Beispiele Portugal:

- Gehaltskürzungen zwischen 3,5 und 10 Prozent für Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die über 1.500 € brutto/Monat verdienen. Gehälter unter 1.500 € wurden 2010 eingefroren (bis 2013).
- Kürzungen bei Sozialleistungen, Gesundheit und öffentlichem Verkehr.
- Das Budget für Arbeitslosengeld wurde 2011 drastisch gekürzt.
- Die Pensionen im öffentlichen und im privaten Sektor wurden eingefroren.
- Die Mehrwertsteuer wurde von 21 auf 23 Prozent erhöht.
- Ab 2013 sollen die Pensionen stark gekürzt und die Ausgaben für Arbeitslosengeld um sechs Prozent gesenkt werden, die für Krankengelder um fünf Prozent.
- Rund zwei Prozent der 600.000 Staatsbediensteten sollen entlassen werden.

Beispiele Italien:

- Das Budget für Familienpolitik wurde um 70, das für Jugendpolitik um 66 Prozent gekürzt.
- Der Fonds für regionale Sozialpolitik wurde abgeschafft.
- Kürzungen im Gesundheitsbereich: tausende Krankenhausbetten werden abgeschafft.
- Im öffentlichen Dienst sollen 20 Prozent der Posten von leitenden Beamten sowie zehn Prozent der regulären Stellen gestrichen werden.